

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Auch hinter mancher kritischen Aussage unserer französischen Freunde verbirgt sich ein Stück weit Lob dafür, dass Deutschland seine Aufgabe relativ gut macht.

(Beifall der Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] und Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich glaube, dass wir in **Europa** alle miteinander darauf setzen müssen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; das ist auch der Inhalt der Lissabon-Strategie. Deswegen werde ich weiterhin dafür eintreten, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibt und dass sich die, die vielleicht ein bisschen schwächer sind, anstrengen und nicht umgekehrt. Sonst wird das nämlich nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Den Entwurf dieses Haushalts werden wir im Kabinett vor der Sommerpause verabschieden, einschließlich einer Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung. Diese wird so ehrgeizig, wie es der Kollege Koppelin gerade beschrieben hat. Das erfordert das Grundgesetz. Diese Herausforderung müssen wir vor dem Hintergrund unseres **föderalen Systems** bewältigen.

Frau Kollegin Merkel, es nützt nichts: Ob eine Bundessteuerverwaltung leistungsfähiger wäre oder nicht, darüber kann man endlos streiten. Aber die Ordnung des Grundgesetzes ist so, wie sie ist.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Aber man kann sich doch bemühen, etwas noch ein bisschen besser zu machen!)

- (B) Deswegen werden wir diese Herausforderung im föderalen Verständnis unseres Bundesstaates bewältigen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Nicht hinter dem Grundgesetz verstecken! Das kann man durchaus verändern! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! So ist es nicht! Natürlich kann man eine Bundessteuerverwaltung machen!)

– Bitte?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich kann man eine Bundessteuerverwaltung machen! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Genau!)

– Dazu muss man das Grundgesetz ändern.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Ja! Na und? Dann machen wir das!)

Aber dafür hatten Sie in der Föderalismusreformkommission II keine Mehrheit. Das Grundgesetz gilt in der Form, in der es jetzt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Otto Fricke [FDP], zur SPD gewandt: Das wollen doch eure Länder auch! Die SPD-Länder wollen das doch auch!)

Ich bin überzeugt, dass unser föderales System leistungsfähig ist. Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgaben meistern. Deswegen hat die Koalition beschlossen, dass wir uns zunächst der nachhaltigen Stärkung der Finanzbasis der Kommunen widmen; mit dieser Arbeit

haben wir genauso begonnen wie mit der Arbeit an der Reform unseres Gesundheitssystems. Das ist die Grundlage unseres föderalen Systems: eine nachhaltige Stärkung der Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Selbstverwaltung. Dabei muss man die Ausgaben- und die Einnahmeseite betrachten und ohne Tabus vorgehen. Nur so können wir diese Aufgabe bewältigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse des Grundgesetzes werden wir in der Tat erfüllen müssen. Das heißt, wir müssen das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren um etwa 10 Milliarden Euro jährlich zurückführen. Ich warne Neugierige: Im Jahre 2011 ist die Anstrengung vergleichsweise gering. Im Jahre 2012 wird sie größer, und im Jahre 2013 wird sie noch größer. Das muss jeder und jede wissen. Aber diese Aufgabe müssen wir erfüllen. Damit halten wir den **Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt** ein. Sollte ihn die Bundesrepublik Deutschland nicht einhalten, würde er scheitern. Wenn er scheitert, scheitert mehr als nur der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig! So ist das!)

Wir brauchen in dieser Welt der Globalisierung ein starkes, ein verlässliches, ein handlungsfähiges Europa und eine starke europäische Währung. Wir müssen unsere Verantwortung auch vor diesem Hintergrund sehen.

Mit dem Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Beratung des Haushalts 2010 verbinde ich die Bitte um Unterstützung und gute Zusammenarbeit bei der Bewältigung der noch schwierigeren Aufgabe der Beratung des Haushalts 2011 und bei der mittelfristigen Finanzplanung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU], an die SPD-Fraktion gewandt: Ein bisschen mehr Beifall, ihr müden Krieger!)

Joachim Poß (SPD):

Sie können ja mitklatschen, Herr Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Vor sieben Monaten hätte ich es noch gemacht!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Schäuble, wir wollen die Gräben nicht tiefer machen; aber wir wollen die Realität in diesem Lande beschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß

- (A) Auch nach Ihrer Rede gilt: Sie haben in keinem Bereich ein Konzept für die nächsten Jahre: nicht für die Stabilisierung der Finanzsituation der Kommunen, nicht für die Haushalts- und nicht für die Steuerpolitik und auch nicht dafür, wie es an den Finanzmärkten weitergehen soll. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Zur Realität gehört, dass in Ihrem Ministerium, dem Finanzministerium – einem der wichtigsten Ministerien –, Stillstand herrscht, weil der Ressortchef seinem Haus jegliche Aktivität verboten hat. Die Bundeskanzlerin redet zu allen möglichen Fragen viel – so hier am Mittwoch –; aber bei keinem der Schlüsselprobleme der deutschen Politik bekommt sie in dieser Koalition Boden unter die Füße. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hervorragende Rede! Die müssen wir mal nachlesen!)

Diese Regierung, lieber Kollege Barthle, haben die Bürgerinnen und Bürger – das kann man nach dieser Woche wohl sagen – nicht verdient. Sie versagen angesichts der Probleme, die Sie lösen sollen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD)

Davon haben Frau Merkel und Herr Schäuble in dieser Woche mit betulichen Reden abzulenken versucht. Auch der europäische Währungsfonds ist so ein Ablenkungsthema. Man könnte noch mehr sagen, zum Beispiel dazu, was die Äußerungen von Frau Merkel europapolitisch bedeuten und wie das zu bewerten ist; aber dazu bleibt hier nicht die Zeit. Sie haben in dieser Woche versucht, sich in einer bestimmten Weise zu inszenieren. Ihre Redebeiträge hatten ein Ziel: zu zeigen, dass die Kanzlerin und der Finanzminister alles im Griff haben und beide stetig und solide an der Lösung auch der größten Probleme arbeiten;

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die Realität!)

denn damit hätten Sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verdient. Das ist Ihnen aber nicht gelungen, Frau Merkel, Herr Schäuble.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Fakten und die Wirklichkeit lassen sich durch eine Rede nicht verdecken.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen sind kritisch geworden in den letzten Wochen und Monaten, und sie werden immer kritischer.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Gegenüber der SPD, ja!)

Deswegen ist in den letzten Tagen wieder die Steuerpanik bei Ihnen ausgebrochen. Immer, wenn Sie nicht weiterwissen, kommen Sie – das ist schon irrational – auf das Steuerthema. Dabei hatten Sie einander im „Borchardt“ versprochen, bis zur **NRW-Wahl** Ruhe zu halten. Einige Wochen hat das erstaunlicherweise geklappt. Aber jetzt

geht es wieder rund, und jeder ist sich selbst der Nächste, wie in diesen Tagen wieder zu hören und zu lesen ist. Zu Recht wächst bei Ihnen die Angst vor der Wahl in NRW. Die Regierungskoalition sucht ihr Heil jetzt in hektischen Aktivitäten. Entgegen Ihrer Inszenierung wurde in dieser Woche überdeutlich: Frau Merkel hat nichts im Griff, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

An keiner Stelle arbeiten Sie seriös und überlegt an der Lösung der anstehenden Probleme. Schon Ihre Koalitionsvereinbarung passt nicht zur Lage. Von Anfang an haben Sie die wirtschaftliche, die soziale und die finanzielle Realität ignoriert. An dieser Realität scheitern Sie zurzeit; der Realität kann man sich eben nicht entziehen.

Jetzt kommt Frau Merkel und verlangt „neues Denken“. Was soll das heißen? Mit welchem neuen Denken wollen Sie die Probleme, von denen ich gerade gesprochen habe, bewältigen? Sie haben keine Antworten, und auch in dieser Woche sind keine gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen verspielen Sie schrittweise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Taktisch versuchen Sie damit umzugehen, indem Sie die Regierungstätigkeit bis zur Landtagswahl einstellen, und haben daher strikte Weisung an Ihr Haus erteilt, Herr Schäuble, nicht zu arbeiten, weder an einem Haushaltskonsolidierungskonzept noch an steuerpolitischen Positionen. Aus der Finanzmarktteilung kommt auch nichts Eigenes. Die wenigen Finanzmarktgesetze, die Sie bisher in fünf langen Monaten vorgelegt haben, sind weitgehend die Umsetzung von EU-Verordnungen und -richtlinien; nichts darüber hinaus.

(D)

Die letzten Wochen waren mit Blick auf die NRW-Wahl voll von Ankündigungen aus Ihren Reihen: Bankenabgabe, neues Bankeninsolvenzrecht, die Neustrukturierung der Aufsicht oder auch das Verbot von Leerverkäufen. All das soll bald kommen. Aber, Herr Schäuble, warum soll irgendjemand Ihnen in den letzten Wochen gemachten Ankündigungen Glauben schenken, wo doch Ihre bisherige Regierungszeit an dieser Front so gar nichts bewegt hat? Warum sollte Ihnen da jemand glauben, Herr Schäuble? Mit dieser Vorgehensweise vertreten Sie keine glaubwürdige Politik mehr. Ankündigungspolitik ist das, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind doch mit Ihrem Koalitionspartner in allen Fragen über Kreuz. Ihre Kanzlerin hat Sie vorgestern im Bundestag bei der Bankenabgabe höchstselbst gestoppt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was?)

– Ja, lesen Sie einmal nach, was Frau Merkel zur Bankenabgabe gesagt hat

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

und in welchem Verhältnis das zu Ihrer Ankündigung steht, Sie würden noch im April ein Konzept vorlegen. So sieht es aus, wenn die neue Regierung an den Problemen arbeitet.

Joachim Poß

- (A) Herr Schäuble, Sie werden schon im Bundeskabinett keinen Entwurf zu einer Bankenabgabe durchbekommen, weder im April noch später,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie träumen!)

weil Sie dazu nie und nimmer einen Konsens in der Regierungskoalition erreichen werden. Sie und die Kanzlerin sind zu schwach, um sich gegen die Bankenlobbyisten in der FDP und in Ihrer eigenen Partei durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere aus dem *Handelsblatt* vom Dienstag zum Thema Bankenabgabe:

In der Union zeigte man sich überrascht über die Ankündigung,

– die Ankündigung Schäubles –

schon im April einen Regierungsbeschluss herbeizuführen.

Herr Wissing von der FDP wird zitiert: „Noch ist kein Konsens in Sicht.“

(Otto Fricke [FDP]: Guter Mann, der Wissing!)

Das ist Ihre **Finanzmarktpolitik**: reine Ankündigungen vor der NRW-Wahl, die dann auch noch in der Koalition relativiert und dementiert werden.

- (B) In der Steuerpolitik, Herr Schäuble, sind Sie der verantwortliche Minister. Aber ich frage Sie zur Idee eines 5- bis 10-Milliarden-Euro-Paketes, die jetzt in der Koalition herumgeistert: Was wissen Sie eigentlich davon? Werden Sie hier von der Kanzlerin und den Koalitionspartnern vorgeführt?

Es gibt keine einzige Vorstellung, kein Papier aus dem Hause Schäuble darüber, was steuerpolitisch jetzt passieren soll. Sie überlassen das Feld den Steuerfantasten der FDP und in Ihren eigenen Reihen. Es kann doch wohl nicht angehen, dass ein so wichtiges Land wie unser Land de facto von Steuerfantasten geführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Politische Führung, lieber Herr Kollege Schäuble, lieber Herr Minister, sieht anders aus.

Von Ihnen kommt immer nur ein Satz, nämlich der Verweis auf die **Steuerschätzung** im Mai. Als ob man im Mai etwas grundlegend Neues für die Entscheidungen in der Steuerpolitik erfahren würde! Eine solch billige Ausrede ist weit unter Ihrem Niveau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch Sie gehen die Dinge ausschließlich parteipolitisch-taktisch an, so wie die Bundeskanzlerin.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was machen Sie?)

Aber allein mit Taktik löst sich kein einziges Sachproblem. Bisher haben Sie kein einziges Sachproblem gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen schauen auch **internationale Organisationen** mit immer größerer Sorge auf die politischen Führungsprobleme in unserem Lande. Dass jetzt wieder die Steuerpanik in der Regierung ausbricht, wird mit Sicherheit nicht zur Beruhigung unserer Partner in Europa und beim Internationalen Währungsfonds beitragen. Die EU-Kommission hat Ihnen in dieser Woche eine schwere Rüge erteilt. Die deutsche Regierung, so die Kommission, müsse ihre Konsolidierungsstrategie endlich präzisieren.

(Otto Fricke [FDP]: Dann hat sie ja eine!)

Bisher reiche die Konsolidierung allerdings nicht aus. Die größten Gefahren seien die Steuersenkungspläne der Koalition. – Ein klarer Schuss vor den Bug der Bundesregierung!

Die EU-Kommission zeigt die Klarheit, die Sie verweigern, die die Menschen aber immer stärker von Ihnen einfordern werden. Die Wunschkombination Schwarz-Gelb scheitert an der Praxis. Das konnten wir in den letzten Monaten jeden Tag erleben. In dieser Woche konnten wir es noch besser beobachten als sonst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Otto Fricke ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Poß, eigentlich fühlt man sich ja zu einer sofortigen Replik veranlasst, aber das will ich heute nicht tun.

Ich will auf etwas hinweisen, was mir gestern Abend aufgefallen ist: Ich war in der vergangenen Nacht vor 20 Jahren zum ersten Mal in meinem Leben in Berlin, und es war für mich, damals noch als Student in einer spontanen Aktion aus Freiburg kommend, schon bemerkenswert, zu sehen, was alles in einem Land möglich ist, wenn man ein Ziel hat. Schauen Sie sich an, was wir in den 20 Jahren alles geschafft haben, was das für eine Herkulesaufgabe in diesen 20 Jahren war, wer die Verantwortung gehabt hat, wie Wahlen überraschend ausgehen können und wie dann andere Leute Verantwortung übernehmen und die Arbeit machen.

Sie werden sich wundern, was diese Koalition in den vier Jahren, für die sie den Auftrag hat – Sie können so viel reden, wie Sie wollen: Sie wird den Auftrag behalten –, noch erreichen wird. Sie werden sich auch über das wundern, was im Bereich des Haushalts noch alles kommen wird und was ohne auch nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag von der Opposition gemacht werden muss, weil Sie nicht in der Lage sind, Wahrheiten auf den Tisch zu legen, sondern nur kritisieren können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C)

(D)